

Europa braucht einen magnetischen Kern

„Blätter“-Gespräch mit Karl Lamers

Seit die Europäische Union sich über George W. Bushs Irakkrieg zerstritt, macht das Stichwort „Kerneuropa“ erneut die Runde. Müssen nicht, wenn und insoweit es der EU als Ganzer mit ihren bald 25 Mitgliedstaaten an internationaler Handlungsfähigkeit gebricht, die Kernstaaten, vor allem Frankreich und die Bundesrepublik, wie schon bei der EWG-Gründung erneut vorgehen? Die „Blätter“ sprachen mit Jürgen Habermas über die von ihm angeregte Initiative europäischer Intellektueller (7/2003) und dokumentierten die Debatte, die Zdzisław Krasnodebski, Jutta Limbach, Adolf Muschg und Wolfgang Schäuble in der Berliner Akademie der Künste mit dem Initiator führten (Fusion oder Spaltung? Die Kerneuropa-Initiative in der Debatte, 8/2003). Als der „Erfinder“ des Begriffs Kerneuropa gilt Karl Lamers. Bis 2002 außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hatte er 1994 zusammen mit dem seinerzeitigen Fraktionschef Schäuble ein – schon damals brisantes – Europapapier vorgelegt („Blätter“, 10/1994) und zwei Jahre später im „Blätter“-Gespräch eine Zwischenbilanz gezogen. Aus gegebenem Anlass sprachen jetzt Annett Mängel, Albrecht von Lucke und Karl D. Bredthauer erneut mit Karl Lamers. – D. Red.

Blätter: Im Streit um George W. Bushs Irakkrieg hat Europa die Stunde der Wahrheit geschlagen. Was nun? Zurück – oder vorwärts – zu „Kerneuropa“?

Karl Lamers: Die Idee, dass die gesamte EU – mit demnächst 25, 30 und mehr Mitgliedern – das leisten könnte, was wir immer von Europa erhofft haben, ist eine Illusion. Jedenfalls für die absehbare Zukunft. Leider gibt es auf Grund unterschiedlicher Europa-Vorstellungen schon innerhalb der jetzigen 15er-EU beachtliche Spannungen. Eine handlungsfähige Union wird ganz unmöglich sein, wenn es nicht einen magnetischen Kern, ein Gravitationszentrum gibt. Von den sechs Gründungsmitgliedern bleiben als treibende Kraft eigentlich nur Frankreich und Deutschland übrig.

Blätter: Zugespitzt stellt sich ja schon die Frage: Europa – als politische Größe – gibt es das überhaupt?

Lamers: Das ist auf den ersten Blick eine merkwürdige Frage, denn die Wirtschafts- und Währungsunion ist ja extrem politisch; sie greift in das Leben eines jeden Unionsbürgers unmittelbar ein. Trotzdem reden wir alle – ich auch – von dem Desiderat des *politischen* Europa. Was wir damit meinen, ist offen-

sichtlich ein Europa, das der nicht-europäischen Welt gegenüber mit einer Stimme spricht, also das außenpolitisch handelnde Europa. Diese Betrachtungsweise ist auch im Hinblick auf das gerechtfertigt, was man mit dem von mir so gehassten Begriff der Identität, sprich: mit dem Selbstverständnis eines Kollektivs, verbindet. Wie wird ein Kollektiv sich dieses Umstands, dass es gemeinsame Überzeugungen hat, bewusst? Das geschieht erst im Handeln gegenüber der übrigen Welt. Diese Erkenntnis ist fundamental. Und genau in dieser Hinsicht hat sich Europa während der Irakkrise als politische Einheit als nicht-existent erwiesen. Deutlich geworden ist das ja durch den Brief der Acht plus Zehn, der mit der Sache – außer bei Tony Blair, den ich ausdrücklich ausnehme – nichts zu tun hatte. Keiner der Beteiligten war in Sachen Irak besonders engagiert. Niemand hat besondere Interessen gehabt, und alle hatten im Grunde auch die gleichen Befürchtungen. Der Brief hatte aber mit der Furcht vor Vereinnahmung durch Frankreich und Deutschland zu tun, und das umso mehr, als diese beiden Länder weder für ihre Oppositionshaltung geworben haben, noch in der Art und Weise, mit der sie vorgegangen sind, besonders einfühlsam gegenüber unseren Partnern in der Europäischen Union gewesen sind. Das gilt, letzteres vor allen Dingen, auch für Deutschland. Deutschland hat alle Welt erschreckt! Das war neu, dass ausgerechnet wir die amerikanische Position in Frage stellen ...

Blätter: ... ein Deutschland, das „Nein“ sagen kann ...

Lamers: ... und das in einer sehr abrupten Weise. Bekanntlich ist das Wie in der Politik genauso wichtig wie das Was. Deutschland und Frankreich haben zusammen die „Vision“ – die dunkle Vision! – einer Achse Paris-Berlin-Moskau heraufbeschworen. Es sind schwere Fehler von Seiten dieser Beiden begangen worden, ganz unabhängig vom Inhalt, der sich heute als eher richtig erweist – richtiger als es damals manchem schien. Berlin und Paris haben die Furcht vor Vereinnahmung, die es ja immer gibt, erneut geweckt.

Nun wäre nichts dagegen einzuwenden gewesen, wenn die Acht eine Gipfelkonferenz gefordert hätten. Stattdessen nahmen sie Zuflucht zu den Vereinigten Staaten und haben auf diese Weise die Rolle bekräftigt, die die USA seit 1945 in Europa spielen – nämlich die der Balance-Macht, des Schiedsrichters.

Blätter: Könnte die Schlussfolgerung aus dem Debakel nicht lauten, dass die erweiterte EU sich auf der Basis einer Verständigung über und mit Amerika neu konstituieren sollte? Also den Stier sozusagen bei den Hörnern packen: Wir *haben* die Amerikaner in Europa und das hat sich in der Vergangenheit auch durchaus als positiv erwiesen – und auf dieser Basis begründen wir dieses erweiterte Europa jetzt neu?

Lamers: Was heißt neu konstituieren? Gegen Amerika oder mit Amerika?

Blätter: Offenbar *mit* – in dem hier angenommenen Fall.

Lamers: Nun, dieser Meinung kann man sein, und offensichtlich ist Tony Blair ganz dezidiert dieser Meinung. Aber dann darf man nicht – wie Blair – das Verhältnis Europas zu Amerika als *Partnerschaft* bezeichnen. Das ist von der Natur der Sache her nicht möglich. Ich sage es ganz direkt und unverblümt: Ich möchte den USA nicht alleine gegenüber sitzen. Dazu bin ich zu klein. Ein einiges Europa könnte gleichberechtigt mit den USA reden, aber

heute sitzen auf der einen Seite des Tisches lauter einzelne kleine Europäer und auf der anderen Seite ein Riese.

Entscheidend ist der Umstand, dass Amerika nicht nur eine nicht-europäische, sondern auch eine europäische Macht ist, dass es drinnen wie draußen ist. Damit muss man sich auseinander setzen. Diese Auseinandersetzung ist auch eine Form der Selbstfindung. Die Frage ist, was das Ergebnis sein soll. Wenn das Ergebnis sein soll, dass Amerika immer mit am Tisch sitzt, wenn es um zentrale Fragen geht – vor allem solche der Sicherheit im weitesten Sinne –, dann bekommen wir kein *europäisches* Europa. Das wäre ein Europa, das sich zunächst intern eine Meinung bildet und dann mit Amerika in Beziehung tritt, um die aktuellen Fragen zu behandeln.

Blätter: Nehmen wir mal an, die angesprochene „Neukonstituierung“ liefe auf so etwas wie eine Atlantische Union hinaus – mit den europäischen Staaten als schwächeren, kleineren, aber zahlreicheren Mitgliedern einer gemeinsamen politischen Veranstaltung mit den USA. Ist das vollends Fiktion?

Lamers: Nein. Es gibt den Westen nach wie vor, und es gibt auch gemeinsame Werte und gemeinsame Interessen. Aber diese Werte werden zunehmend unterschiedlich interpretiert. Die Art und Weise, wie wir unseren Interessen Rechnung zu tragen suchen, und die Mittel, die wir einzusetzen gewillt und in der Lage sind, gehen immer weiter auseinander. Wenn man militärische Mittel hat, dann neigt man dazu, sie einzusetzen. Was ich dagegen nicht kann, das will ich auch nicht. Da hat Robert Kagan zweifellos Recht. * Aber es ist auch richtig, dass diese Einstellung der Europäer die Frucht ihrer historischen Erfahrung ist. Das gilt speziell für die Deutschen. Aber selbst die Franzosen, die zweifelsfrei „bellizistischer“ und eher bereit sind, militärische Mittel einzusetzen, würden das nicht in dieser Weise tun wie die Amerikaner, selbst wenn sie könnten.

Blätter: Lassen Sie uns, bevor wir von der Vorstellung einer locker verbundenen euro-atlantischen Gemeinschaft zum anderen Extrem – Kerneuropa – übergehen, noch einen kleinen Exkurs machen. Wenn es sich mit den USA so verhält, wie Sie sagen, wären doch zwei Aspekte zu bedenken. Zum einen: Die Bundesrepublik oder die Westzonen haben ja als besetztes Gebiet den USA sozusagen „alleine gegenüber gestanden“. Angesichts der bundesrepublikanischen Erfahrung könnte man Ihre These relativieren, dass es gefährlich ist, den Amerikanern alleine gegenüber zu sitzen. Aber vielleicht handelt es sich auch um eine unwiederholbare historische Sondersituation. Der zweite Punkt ist: Gerade die CDU muss diese Entwicklung doch besonders treffen, denn es waren ja, mit Adenauer angefangen, vor allen Dingen CDU-Kanzler, die die berühmte Formel geprägt haben: Kern der bundesrepublikanischen Staatsräson sei das Bündnis mit den USA. Selbst Gerhard Schröder hat sich das irgendwann zu Eigen gemacht, obwohl er viel „unverkrampter“ mit dem Thema umgeht.

* Vgl. Robert Kagans Essay „Macht und Schwäche. Was die Vereinigten Staaten und Europa auseinander treibt“, in: „Blätter“, 10/2002, S. 1194-1206, besonders S. 1199, und die „Blätter“-Debatte in den nachfolgenden Heften. (In erweiterter Fassung erschien Kagans Essay 2003 auch als Buch, deutsch unter dem Titel „Macht und Ohnmacht. Amerika gegen Europa in der neuen Weltordnung“ bei Siedler in Berlin.)

Lamers: Die historische Sondersituation bestand darin, dass die alte BRD besonders bedroht und besonders abhängig von dem amerikanischen Schutz war. Andererseits waren die USA zum Schutz Europas, den sie sich aus wohlverstandener Eigeninteresse zur Aufgabe gesetzt hatten, auf Deutschland besonders angewiesen. Truman hat damals gesagt, „ohne Deutschland ist die Verteidigung Europas ein Rückzugsgefecht auf den Klippen des Atlantik“. Also, es war – was es eigentlich gar nicht gibt – so etwas wie eine asymmetrische Balance. Im Zweifelsfall haben wir dann die amerikanische Position übernommen, wenn es europäischen Streit gab. Nun ist diese Situation vorbei. Daraus haben die Amerikaner auch längst Konsequenzen gezogen. Deutschland ist aus unserer Sicht nicht mehr besonders bedroht, also nicht mehr besonders abhängig. Und Amerika ist auf Deutschland auch nicht mehr angewiesen als auf andere europäische Länder.

Blätter: Hat man deshalb seit 1990/91 von George Bushs *partners in leadership* nichts mehr gehört?

Lamers: Die *partnership in leadership* war eine Verknennung der Tatsachen. Sicher, wir fühlten uns geschmeichelt. Aber uns schwante, was das eigentlich bedeuten sollte. Es ging um globale Fragen, und damit wollten wir überhaupt nichts zu tun haben. Deutschland war in jeder Hinsicht überfordert, nicht nur was seine Kräfte anging, sondern auch mental, im Hinblick auf seine Grundeinstellungen. Wenn es um globale Fragen ging, waren Franzosen und Briten viel geeigneter. Das war die historische Situation, die vorbei ist.

Partnerschaft statt Gefolgschaft

Was meine Partei angeht, so hatte sie ein doppeltes Axiom. Das eine war die transatlantische Partnerschaft und das andere war Europa. Wenn es in der Vergangenheit einen Konflikt gab zwischen europäischen Positionen und Amerika, dann gab es immer drei idealtypische Einstellungen. Die britische war die Amerika nächststehende, die französische war die amerikakritischste und die deutsche war die schweigende. Da liegt es auf der Hand, dass sich die amerikanische Position durchsetzte. Ich habe das zwar nie als besonders ehrenvoll empfunden, aber es war vielleicht unvermeidlich, sowohl aus tatsächlichen als auch aus mentalen Gründen. Man darf nie vergessen, dass bis heute die Folgen von 1933 bis 1945 fortwirken. Im Hinblick auf die Zukunft bin ich nach wie vor der Meinung, dass beide Axiome bleiben sollen, aber nicht in derselben Form wie in der Vergangenheit, in der es im Grunde genommen, gerade für Deutschland, aber mehr oder minder auch für die anderen Europäer, eher um Gefolgschaft ging als um Partnerschaft.

Blätter: Was sagen Sie denn zu dem außenpolitischen Papier des CDU-Parteivorstands (vom April), in dem von einer „doppelten Integration“ die Rede ist. Wie weit sind Sie damit d'accord oder glücklich?

Lamers: Das Papier geht an den entscheidenden Fragen vorbei. Mit dem Begriff der Integration wäre ich vorsichtig, weil das ein Begriff ist, der sehr stark besetzt ist durch die europäische Einigung. Deswegen würde ich den

Begriff dafür reservieren, schon um der gedanklichen Klarheit willen. Eine solche Integration kann es im Verhältnis zwischen den europäischen Staaten und Amerika oder auch zwischen Europa als solchem und Amerika nicht geben. Meines Erachtens ist dieses Verhältnis nicht genügend bedacht. Das gilt auch für den Satz, wir dürften nicht wählen zwischen Amerika und Europa, zwischen Frankreich und Amerika. Erstens hat Angela Merkel gewählt. Sie hat – sehr einseitig – Amerika gewählt. Das ist falsch gewesen. Zweitens ist es nun einmal so, dass sowohl die Amerikaner als auch die Franzosen uns vor diese Wahl stellen. Der konnten wir in der Irakkrise nicht mehr, wie früher so oft, ausweichen. Und in Zukunft wird das noch weniger der Fall sein.

Blätter: Zurück zum „europäischen Europa“. Wo ziehen Sie dessen Grenzen? Berlusconi zählt auch Russland und Israel zu den Kandidaten ...

Lamers: Daran ist ja auch eines richtig: Es ist ein vitales Interesse der EU, Russland in Europa zu verorten, wie Heidegger gesagt hätte. Das ist ganz evident. Es wäre aber wünschenswert, das in einer institutionalisierten Kooperation zu tun und nicht in Form einer Mitgliedschaft. Da gibt es manchmal gleitende Übergänge. Dasselbe gilt für die Türkei, aber deren Vollmitgliedschaft wird wahrscheinlich nicht mehr aufzuhalten sein. Auf jeden Fall kommt der westliche Balkan noch dazu. Und was machen wir mit der Ukraine? Kurzum: Der Prozess ist nicht abgeschlossen, und das verursacht ein sehr grundsätzliches Problem: Wer nicht weiß, wo er endet, weiß auch nicht, wo er beginnt. Das bedeutet, es ist wirklich eine Frage des Selbstverständnisses.

Blätter: Wer gehört denn nun zu dem Kern innerhalb dieses zu definierenden Gebietes? Wo „fängt es an“?

Lamers: Es gibt Differenzierungen in der Wirklichkeit, und die werden sich eines Tages auch im institutionellen Gefüge der EU widerspiegeln müssen. Das ist aber nicht das Vordringliche. Vordringlich ist, dass es eine Kerngruppe von Ländern gibt, die durch die Übereinstimmung der Politik, die sie tatsächlich betreiben, dieses europäische Selbstverständnis in besonders klarer Weise zum Ausdruck bringen – eine Gruppe, die durch die Gemeinsamkeit ihrer Positionen eine Art Gravitationszentrum bildet und dadurch die Richtung der Entwicklung bestimmt. Zu dieser Kerngruppe gehören im Prinzip nach wie vor alle Gründungsmitglieder der EU, aktuell allerdings mit Abstrichen. Gegenwärtig beschränkt sie sich auf Frankreich und Deutschland, Luxemburg und Belgien. Ich bin überzeugt, dass auch die Niederlande wieder dazu kommen würden, vor allem dann, wenn wir – das gilt insbesondere für Frankreich – unser Verhalten gegenüber den Niederlanden etwas verständnisvoller gestalteten, und Italien wird mit Sicherheit wieder zum Kern stoßen.

Im Augenblick handelt es sich allerdings vor allen Dingen um Frankreich und Deutschland. Von diesen beiden muss man erwarten, dass sie auf allen Feldern der Politik, vor allem aber auf dem Feld der Außenpolitik, in ausnahmslos allen wesentlichen Fragen eine einheitliche Position finden. Franzosen und Deutsche müssen sich unter einen institutionalisierten Zwang setzen, jede wesentliche Frage zunächst einmal unter sich zu klären. Man hat

sich ja bemüht, die institutionelle Seite des Elysée-Vertrages zu verstärken. Ich bin gespannt, was daraus werden wird. Im Augenblick merkt man mal wieder gar nichts davon.

Blätter: Der Elysée-Vertrag wurde kurzzeitig wiederentdeckt, weil er Geburtstag hatte. Aber das Fest ist vorbei ...

Lamers: Wenn es wirklich vorbei ist – das darf aber nicht sein –, dann ist Europa insgesamt verloren. Es gibt für uns keine Alternative zur Kooperation mit Frankreich. Mit wem denn sonst? Und das gilt umgekehrt für Frankreich ebenso. Im Übrigen ist die Sache ja nun auch nicht so abwegig. Gerade Frankreich und Deutschland haben – Stichwort „Erbfeindschaft“ – das europäische Drama auf besondere Weise verkörpert. Sie müssen jetzt beweisen, dass zwei Länder, die eine solche Vergangenheit hatten, zu einer gemeinsamen Position finden können, einer gemeinsamen Einstellung im Grundsätzlichen. Frankreich und Deutschland müssen eine Einheit werden, auch wenn wir natürlich nicht fusionieren können. Damit wären wir ein Vorbild, ein Modell für Europa. Wir hätten eine große Anziehungskraft, allein schon auf Grund des Gewichtes.

Blätter: Gerade eben haben Berlin und Paris eine große Abstoßungskraft demonstriert ...

Lamers: Ja, weil wir es falsch gemacht haben. Das Verhältnis der Anderen zur deutsch-französischen Kooperation war immer spannungsvoll. Auf der einen Seite wissen alle, es geht nicht ohne. Gerade die wirklichen Europäer sagen immer, Ihr müsst das machen – ich habe das auch in Italien immer wieder gehört –, aber bitte lasst uns nicht außen vor.

Natürlich müssen Frankreich und Deutschland sich in besonderer Weise auch um Polen kümmern. Denken Sie an das Weimarer Dreieck. Aber dass Polen zu dem Kern gehört, wie ich ihn gerade definiert habe, das ist ja durch die Irakkrise deutlich widerlegt worden. 1994 oder Anfang 1995 war Bronislaw Geremek bei mir, in Sachen Kerneuropa, und war zutiefst skeptisch. Die Polen hätten immer das Gefühl, ausgeschlossen zu werden. Ich habe ihm gesagt: Das liegt an Euch. Im Ernst: Wenn die Franzosen und die Deutschen beispielsweise in der Frage einer europäischen Verteidigungsidentität, also in der Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Streitmacht, wirklich voringingen, dann gehörten die Polen zu denjenigen, die unbedingt dabei sein wollen.

Blätter: Gerade vor dem Hintergrund des Irakkriegs war Polen offenkundig nicht gewillt, die Bindung an Amerika aufzugeben, weil sowohl in der Frage des Terrorismus wie auch hinsichtlich der sicherheitspolitischen Lage innerhalb Europas dieses Kerneuropa bisher eben nicht handlungsfähig war. Muss das nicht gerade einem Land wie Polen das Festhalten an der amerikanischen Bindung zwingend erscheinen lassen?

Lamers: Um es klar zu sagen: Ich bin nicht für eine Aufgabe der Bindung zu Amerika – im Gegenteil. Ich bin dezidiert dafür, dass wir sie verstärken müssen, bin aber auch absolut davon überzeugt, dass das nur auf der Basis einer wirklichen Partnerschaft geht. Zumal man eines nicht vergessen darf, das war ja auch eine Erfahrung des Irakkriegs: Es gibt eine starke – um es ganz neutral

zu sagen – amerikakritische Stimmung in allen Mitgliedsländern der EU, Großbritannien eingeschlossen. Was ich befürchte ist, dass sich wirklich Anti-amerikanismus entwickelt, den es in Ansätzen schon heute gibt. Und ich fürchte das nicht nur aus praktischen Gründen, sondern auch grundsätzlich. Europa darf sich nicht aus einem Anti heraus definieren. Das ist aber ungeheuer schwer. Denn bislang hat alle kollektive Selbstfindung immer in einem Anti – gewöhnlich sogar über Krieg – stattgefunden. Aber Europa kann sich nicht aus einem Anti gegen Amerika definieren – das wäre nicht nur töricht, sondern gegen den europäischen Geist, gegen das Grundgesetz Europas. Und natürlich auch nicht aus einem Anti gegenüber der islamischen oder der übrigen Welt.

Ihr Hinweis auf den Mangel an außenpolitischer Handlungsfähigkeit insgesamt, nicht nur im Sinne von Raketen und militärischer Überwachung, ist völlig richtig. Wenn man aus diesem Zustand aber jetzt die Konsequenz zieht, das lassen wir eben so, dann ist das für die Welt nicht gut. Es ist für Europa nicht gut und ebenso wenig für Amerika. Jede Form von Grenzenlosigkeit, auch grenzenlose Macht – selbst wenn sie nur scheinbar grenzenlos ist – führt immer zum Selbstverlust. Nun wünsche ich Amerika kein feindliches Gegenüber, wie es die Sowjetunion war, aber einen disziplinierenden Partner, der auch mal Nein sagen kann. Ich stelle mir das Verhältnis zwischen Amerika und Europa wie eine Ellipse vor – mit zwei Brennpunkten, Washington und Brüssel, so dass es nach meiner Überzeugung im Interesse Amerikas liegt, dass es einen Partner findet, der auch Nein sagen kann.

Blätter: Es gibt ja gar nicht so wenige Amerikaner, die sich Sorgen über den Kurs ihres Landes machen und Hoffnungen in eine selbstbewusste EU setzen. Warum finden diese Stimmen in Europa so wenig Beachtung?

Lamers: Das frage ich mich auch. Ich sage manchmal, wenn man „Amerika“ sagt, hat man schon gelogen, denn es gibt auch immer ein anderes Amerika. Mit ihm müssen wir kommunizieren, und diese Amerikaner müssen sagen können: Aber die Europäer, die wollen das nicht oder wollen es anders. Und dann darf die Administration nicht sagen: Das interessiert uns nicht. Wir können es auch ohne die Europäer machen. Was ja in Wirklichkeit gar nicht stimmt, wie man jetzt sieht. Aber der Eindruck kann entstehen, wenn die Europäer nicht mit einer Stimme sprechen und dann nachher natürlich doch mitmachen – und mitmachen müssen. Ein selbstbewusstes Europa ist deshalb gut für Amerika und es ist gut für die Welt, auch für das Verhältnis der nicht-westlichen Welt zu Amerika und zum Westen insgesamt. Die übrige Welt wartet doch geradezu sehnsüchtig auf ein handlungsfähiges Europa. Ich habe das immer wieder erlebt. Es ist ja nicht so, dass die übrige Welt prinzipiell feindlich gegenüber dem Westen eingestellt wäre. Alle wissen doch, dass sie die Zusammenarbeit mit uns brauchen.

Blätter: Gehen wir noch mal zurück zu der Frage der Handlungsfähigkeit. Was bedeuten Giscard's Konventsergebnisse in diesem Kontext?

Lamers: Was die Einführung des europäischen Außenministers angeht, ist das Konventsergebnis – gemessen am Ausgangspunkt – durchaus beachtlich. Es ist auf der anderen Seite vollkommen unzureichend, weil es keine Mehr-

heitsentscheidung vorsieht. Das ist immer die Kernfrage bei der europäischen Integration. Aber so sehr ich von der entscheidungs- und konsensfördernden Wirkung von Mehrheitsentscheidungen überzeugt bin, so sehr muss ich auch sagen, dass die elementare Voraussetzung für Mehrheitsentscheidungen ein Grundkonsens ist und die Bereitschaft, sich diesem zu unterwerfen. Ich fürchte, der innereuropäische Irakkriegsstreit hat gezeigt, dass dieser Grundkonsens in zentralen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik nicht besteht. Zwar gibt es durchaus positive Entwicklungen, aber diese gehen nicht weit genug. Die Welt wartet eben nicht mit ihren Herausforderungen, bis die Europäer so weit sind. Deswegen müssen diejenigen, die in der Lage sind weiterzugehen, das tatsächlich tun und einen festen Kern bilden.

Es wird kaum deutsch-französische Alleingänge geben

Das Motto, nach dem wir jetzt handeln sollten, ist: Wenn es um gemeinsame Aktionen geht, dann möglichst mit allen aus der EU. Wenn es nicht mit allen geht, dann mit so vielen wie möglich. Und wenn das auch nicht geht, dann zu zweit allein. Ich sage Ihnen, es wird kaum jemals – wenn überhaupt – deutsch-französische Alleingänge geben.

Blätter: Wie beurteilen Sie den Konvent im Hinblick auf die deutsch-französische Kooperationsfähigkeit?

Lamers: Dafür bedeutet er nicht viel. Aber ich halte den Konvent für einen Fortschritt. Er ist übrigens auch gerade unter dem Aspekt, den Sie nennen, interessant. Die deutsche Forderung war klar: Kompetenzabgrenzung. Das hat sich in der Form, wie wir es wollten, nicht durchgesetzt, im Prinzip aber schon. Die Franzosen – die sich etwas anderes, als dass mehr oder minder alles zentral geregelt ist, einfach nicht vorstellen können – haben sich nicht durchgesetzt. Nun liegt der Wert der deutsch-französischen Zusammenarbeit grundsätzlich nicht darin, dass wir so viel gemeinsam haben, sondern dass wir so unterschiedlich sind. Die Franzosen haben für dieses Verhältnis ein schönes Wort: *Nos differences sont notre force*. Das sehe ich auch so. Daraus kann man eine Stärke machen. Gerade auf dem Gebiet des Verfassungsrechts und damit des Staatsverständnisses gibt es sehr große Unterschiede zwischen Frankreich und Deutschland. Es findet aber eine Annäherung statt, die unübersehbar ist.

Wichtig ist, dass es innerhalb der Kerngruppe nicht nur zwischen den Regierungen institutionalisierte Kontakte und Kooperationen gibt, sondern auch beispielsweise zwischen den Parlamenten. Wieso kann es nicht eine Gruppe geben, die sich aus den außenpolitisch relevanten Ausschüssen (den auswärtigen Ausschüssen, den Verteidigungsausschüssen, den Entwicklungsausschüssen) beider Länder zusammensetzt? Die könnten sich schon im Vorfeld von Entscheidungen treffen. Oder ein anderer Vorschlag, den ich früher schon einmal gemacht habe. Wieso soll es nicht Staatsminister jeweils aus dem anderen Land in den Ministerien in Paris und Berlin geben, die außenpolitisch relevant sind – nicht nur Außenpolitik im engeren Sinn, auch die Land-

wirtschaft ist ja fast nur noch europäisch. Also, da kann man sich sehr viel vorstellen: Man muss es wollen und muss es umsetzen. Nehmen Sie dagegen den Herrn Struck mit seiner Afghanistan-Idee – der hat nie gesagt: „Ich habe mal mit meiner französischen Kollegin gesprochen und die sieht das ähnlich.“

Blätter: Die Frage ist, ob die deutsche Europapolitik unter Schröder nicht einen „Normalisierungsprozess“ vollzieht, einen Prozess der Angleichung an die Praxis, die in anderen europäischen Staaten geübt wird. Also dass man sagt: so viel gemeinsam wie möglich, aber im Zweifel handeln wir halt nach unseren Interessen! Müssen wir vielleicht lernen, damit umzugehen, dass Berlin sich zunehmend ebenso verhalten wird wie Paris oder London?

Lamers: Ich hoffe nicht, dass das so sein wird. Obwohl es in der Tat Anzeichen dafür gibt – das sage ich fernab von allen parteipolitischen Überlegungen – seit dem Abtritt von Helmut Kohl. Wenn wir das so isoliert, so „unilateral“ machen, bin ich überzeugt, dass wir einen Teil unserer eigenen nationalen Identität aufgeben. Ich habe das nie so gesehen, empfunden, erfahren, dass wir – wie manche meinen – unsere nationale Identität aufgegeben und an deren Stelle die fiktionale europäische Identität gesetzt hätten. Erstens ist das kein Gegensatz. Zweitens habe ich immer die Erfahrung gemacht – vielleicht die schönste politische Erfahrung überhaupt –, dass die anderen, unsere Partner, gerade dieses europäische Engagement unseres Landes als sehr wohltuend und heilsam, auch als Korrektiv für sich selber, empfunden und bewundert haben. Sie haben das besondere deutsche Europa-Engagement als wesentlichen Teil unseres Selbstverständnisses und als Lehre aus unserer Geschichte verstanden.

Blätter: Das war ja auch angenehm für sie. Aber wenn man jetzt „erwachsen“ wird ...

Lamers: Sie haben aber auch erkannt, dass das zu *unserem* Nutzen war. Ohne jegliche Übertreibung: Wir waren lange Zeit in Europa die erfolgreichste Gesellschaft.

Blätter: Sicher, aber seit 1989 hat sich der Nationalstaat – nicht zuletzt unter dem Eindruck der deutschen Entwicklung, auch unter dem Eindruck der amerikanischen Entwicklung – als stärker erwiesen, als früher angenommen worden war. Insofern hat sich natürlich ein Stück Normalität in Berlin eingestellt: Sich so viel wie nötig, aber so wenig wie möglich, zu binden.

Lamers: Wenn Deutschland das täte, würde es sich auf einen Schein einlassen. Es gibt – fernab von allen ideellen, visionären Überlegungen zu Europa – einen sehr realen Wandel: Das Territorialprinzip von Macht ist durch die supranationale Wirklichkeit ausgehöhlt. Territorialprinzip von Macht – das heißt, dass die politisch organisierte Gewalt in fest umrissenen geographischen Grenzen allein-, letzt- und allzuständig war für alle politischen Fragen. Der Nationalstaat ist „nur“ die kulturelle Prägung dieses Phänomens. Aber er ist in seinem harten materiellen Kern ein Territorialstaat. Die supranationale Wirklichkeit führt dazu, dass die Entscheidungen, die von der politisch organisierten Gewalt getroffen werden, entweder nicht greifen oder über ihre Grenzen hinaus wirken. Vor allem die Entscheidungen mächtiger Staaten betreffen nicht nur die eigene Gesellschaft, sondern die anderen auch. Kon-

kret: Die Franzosen haben jetzt einen Rückgang von 0,3 % ihres Bruttosozialprodukts zu verzeichnen. Und davon sind wir mitbetroffen, massiv. Deswegen frage ich mich, wo ist denn der Bedeutungszuwachs des Nationalstaates? Ganz im Gegenteil: Was können wir denn wirklich noch alleine? Richtig ist, dass der entscheidende Akteur nach wie vor der Nationalstaat ist, aber er muss zusammen mit den anderen handeln. Was ich gerade eben gesagt habe, gilt selbstverständlich nicht nur für Europa. Das geht über Europa hinaus. Wir brauchen zunehmend globale Regelungen auf allen politisch relevanten Gebieten. Deswegen wäre es ein Irrweg, der auch schnell zur Karikatur führen würde, wenn wir meinen, wir können es alleine. Das geht nicht. Was sich tatsächlich nicht so schnell als realisierbar erwiesen hat, ist die Idee, dass es an Stelle der nationalen Akteure einen europäischen Akteur gibt. Aber das bedeutet nicht Bedeutungszuwachs des Nationalstaates.

Blätter: Amerika pocht entschiedener denn je auf seine „nationalen Interessen“.

Lamers: Amerika ist dank seiner unvorstellbaren Macht ein Sonderfall. Dieser Nationalstaat ist so mächtig, weil er den anderen seinen Willen aufdrücken kann. Das können wir nicht. Alle müssen sich an Amerika orientieren. Nicht allein die Europäer, jeder definiert heute sein Selbstverständnis nicht zuletzt durch das Verhältnis zu Amerika, China eingeschlossen – selbst dieses riesige Land! Insofern müssen wir das nolens volens auch tun. Amerika ist überall, wo wir uns hinwenden. Es ist immer schon da. Das ist nicht gut für die Welt, es wird nicht akzeptiert, und auf Dauer wird all seine Macht auch nicht ausreichen, um eine wirklich hegemoniale Ordnung zu errichten. Aber das steht auf einem anderen Blatt.

Blätter: Hier stoßen wir auf die eigentlich interessante Frage! Stimmt es denn überhaupt, dass die USA so überwältigend stark sind, oder handelt es sich eher um eine Perzeptionsfrage? Und die Gegenfrage: *Ist* Europa so schwach wie es sich demgegenüber darstellt oder werden – Stichwort *soft power* – nur die Besonderheiten dieser europäischen Entwicklung nicht genügend genutzt?

Lamers: Ich habe die Machtrelationen nie so einseitig wahrgenommen. Es ist meine Überzeugung, dass die Amerikaner nicht so stark sind, wie sie gesehen werden und wie sie sich derzeit selber sehen. Wie stark ist Amerika wirklich? Es ist zunächst einmal so stark, wie es von den anderen gesehen wird und inwieweit diese es Amerika ermöglichen, so zu handeln, wie es das tut. Aber diese Perzeption oder Wahrnehmung kann sich natürlich ändern. Sie wird sich beispielweise ändern, wenn die Welt jetzt erfährt, dass Amerika im Irak die Dinge nicht alleine so gestalten kann, wie es das will. Natürlich brauchen die Amerikaner Europa. Für alles, was nachher kommt – jetzt lassen wir mal beiseite, ob eine militärische Intervention überhaupt sinnvoll ist oder nicht ...

Schon Afghanistan zeigt, dass die Sache so langwierig ist, wie man befürchten musste. Und man darf nicht mit einer neuen Sache anfangen, wenn die erste nicht erledigt ist und deren Anforderungen noch gar nicht absehbar sind. Wer soll das denn leisten, außer den anderen westlichen Mächten? Im Irak stellt sich jetzt die gleiche Problematik.

Das ist wirklich eine Misere. Es entwickelt sich schlimmer, als ich befürchtet habe. Inzwischen haben wir tatsächlich Terroristen im Irak, die es dort vorher nicht gab. Das ist ja geradezu absurd. Deswegen sind Amerikaner und Briten in den Krieg gezogen, obwohl wir alle gesagt haben, da gibt es gar keine. Jetzt sind sie da.

Blätter: Und jetzt sucht Washington Helfer, auch bei den zuvor geschnittenen Deutschen und Franzosen ...

Lamers: Die Versuchung zu sagen „Habt ihr euch selber eingebrockt“, ist natürlich emotional groß für alle, die dagegen waren. Aber das ist unpolitisch. Es geht nicht. Gott sei Dank macht das ja auch keiner, weder die Deutschen noch die Franzosen, auch die Russen nicht. Das ist eine grundsätzlich richtige Einstellung. Bedingung wäre natürlich, dass man sagt, dann müssen wir uns über einen gemeinsamen Weg aus der Misere einigen. Da müssten gerade die, die auch konkret angesprochen sind, eine gemeinsame Vorstellung entwickeln: Was kann der Westen, Amerika und Europa gemeinsam, im Irak tun? Ich bin überzeugt, wenn die Deutschen und die Franzosen dazu eine gemeinsame Position hätten, wären die anderen Europäer heilfroh und schlossen sich dem an. Denn niemand ist aus Engagement an der Sache oder aus Kenntnis dabei – außer natürlich England, das aber sehr befangen ist, weil es dieses Kunstprodukt Irak ja geschaffen hat, aus sehr eigensüchtigen Gründen.

Könnte die UNO es besser?

Blätter: Vor allem die Geschäftsgrundlage der ganzen Sache müsste doch verändert werden, wenn andere zusteigen sollen.

Lamers: Ja, klar. Darum geht es bei dem Stichwort UNO.

Blätter: Aber noch betont Bush, zumindest deklamatorisch, natürlich müsse alles unter amerikanischem Oberbefehl stehen.

Lamers: Die Grundlage ist, dass man auch mitbestimmt. Nicht nur mitwirkt, sondern auch mitbestimmt. Und man muss wissen, was der Inhalt der Verständigung ist.

Blätter: Das ist in der Tat die Frage: Was kann – so wie die Situation im Irak jetzt ist – die UNO besser machen, was können deutsche oder französische Soldaten besser machen?

Lamers: Selbst wenn sie es objektiv besser machen könnten, was zu beweisen wäre, dann ist ja die Grundvoraussetzung dafür, dass die Bevölkerung das akzeptiert – die Betroffenen, diejenigen, um die es geht, und das sind letzten Endes die Irakis und sonst niemand. Das führt immer wieder zu derselben Frage: Kann man ein Problem so lösen? Da komme ich heute noch mehr als vorher zu dem Ergebnis: Nein.

Aber das hilft nichts. Wir müssten eine gemeinsame Position finden, Frankreich und Deutschland. Wer denn sonst? Natürlich auch Belgien, Luxemburg, und wir sollten auch mit den anderen besprechen, beispielsweise mit den Polen, die ja schon ihre eigenen Erfahrungen machen. Es war ja alles vorhersehbar. Wir können auch nicht einfach in Afrika die Augen zu machen. Mein

Nachfolger Friedbert Pflüger hat, wie auch der SPD-Kollege Weisskirchen, bemerkt, die Franzosen hätten noch Hintergedanken. Natürlich haben sie die. Man muss immer in Übereinstimmung mit den eigenen Hintergedanken handeln, hat Charles de Gaulle einmal gesagt. Wer hat sie denn eigentlich nicht? *Wir* sind uns über unsere Hintergedanken nicht klar, und das ist besonders gefährlich, aber natürlich haben wir auch welche.

Blätter: Worin könnten die Ziele für den Irak bestehen?

Lamers: Ein stabiler Irak, der keine Bedrohung für seine Nachbarn ist; der ein Mindestmaß an demokratischer Ordnung hat; der nicht wieder in ein System wie das unter Saddam zurückfällt und der auch eine Lösung des israelisch/palästinensischen Konflikts nicht behindert. Es sind bescheidene Ziele. Aber wie die zu verwirklichen sind ...

Blätter: Kommt die NATO ins Spiel?

Lamers: Ja, das wäre unter der Bedingung nicht schlecht, dass sie nicht nur die amerikanischen Vorstellungen exekutiert. Aber wenn die NATO – die seit dem 11. September nicht mehr stattfindet – in der Vergangenheit funktioniert hat, dann hat sie auf der Basis funktioniert, dass die USA den Ausschlag geben. Das hat sich jetzt als zunehmend schwierig erwiesen. Die NATO muss neu gestaltet werden. Sie muss ein Bündnis zwischen Amerika und Europa als handlungsfähiger Einheit werden. Wenn dann Europa *als Europa* mit am Tisch säße, dann hätte ich nicht nur nichts dagegen. Es ist besser, etwas Bestehendes umzuwandeln als etwas ganz Neues zu schaffen.

Blätter: Europa *als Europa*?

Lamers: Europa ist ein Mittel zum Zweck der nationalen Interessen. Aber es ist ein unerlässliches Mittel, eine Bedingung *sine qua non*, und insofern ist es ein Zweck an sich. Aber es ist auch wiederum nur ein Mittel zum Zweck für das, was Jean Monnet einmal eine bessere Welt genannt hat, eine etwas bessere Welt. Diese Vision muss sich natürlich in konkreten Beiträgen äußern. Überwiegend kann man sich die Beiträge, die man leisten will, nicht aussuchen. Der konkrete Fall ist jetzt der Irak. Auch Afghanistan haben wir uns nicht ausgesucht. Dazu brauchen wir aber mehr als bislang eine grundsätzliche Vorstellung von dieser etwas besseren Welt. Ich glaube, die ist nicht so schwer zu entwickeln. Im Grunde gibt es sie schon, nämlich die Idee, dass das, was wir in Europa machen, das Modell ist für eine weltweite Entwicklung. Das ist zwar sehr anspruchsvoll, aber ich bleibe dabei: Weil die Wirklichkeit das verlangt, ist es sowohl notwendig als auch realisierbar.